

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/158

19. August 1976

Plädoyer für die Sozialdemokraten

Warum man die CDU nicht wählen kann

Von Luise Rinser

Seite 1 und 2 / 44 Zeilen

Der CDU-Vorsitzende und die deutsche Geschichte

Helmut Kohl, Adolf Hitler und der "Radikalenerlaß"

Seite 3 und 4 / 77 Zeilen

Die K-Gruppen sind längst im Abseits

Für die "Links"-Chaoten ist die SPD der Hauptgegner

Von Matthias Kurth

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD im Bezirk Hessen-Süd

Seite 5 und 6 / 60 Zeilen

Mao-China - vor der Wacheblösung

Erfahrungen aus einer Fernost-Besuchsreise

Von Prof. Dr. Carl-Christoph Schweitzer MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Seite 7 und 8 / 77 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

Hausstraße 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 408
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 08 88 846-48 pbbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 8611
5300 Bonn-Bad Godesberg

Plädoyer für die Sozialdemokraten

Warum man die CDU nicht wählen kann.

Von Luise Rinser

Sie sind wahlmüde? Sie mißtrauen den Versprechen der Parteien? Sie sind verwirrt durch die partei-verschiedene Auslegung der Begriffe "Freiheit" und "Sozialismus"? Sie Überlegen, ob Sie überhaupt wählen oder sich ganz aus der Politik heraushalten sollen? Aber heißt das nicht, den Karren laufen lassen dahin, wohin ihn andere stoßen? Hat nicht jeder von uns Mit-Verantwortung für das Schicksal Deutschlands und damit Europas? Hat man nicht gerade als Christ, dem Gebot der Liebe verpflichtet, die Aufgabe der Mit-Sorge für das Geschick unseres "Nächsten", soweit es von der Politik abhängig ist?

Aber was wählen wir? Natürlich eine Zukunft mit gleich guten Chancen für alle, also ein Leben in demokratischer Freiheit.

Freiheit ist das, was die CDU anbietet. Wählen wir also CDU? Wir könnten sie wählen

- wenn sie nicht durch ihren Wahllogan "Freiheit oder Sozialismus" sich mit brutaler Aufrichtigkeit gegen den Sozialismus ausgesprochen und damit ausdrücklich als die Partei derer erklärt hätte, welche den Sozialismus fürchten: die an Macht und Besitz Privilegierten;

- wenn sie nicht die Begriffe "Freiheit" und "Sozialismus" fahrlässig und bauernfängerisch vereinfachte, dem Sozialismus verschleierte marxistische Ideologie-Ansätze unterschöbe und so den weniger denkfähigen Wähler verwirrte, verängstigte, manipulierte;

- wenn sie nicht so Angst hätte vor jeder Veränderung, sei es eine System-Veränderung oder auch nur eine Reform innerhalb des bestehenden

Systeme und also jugendfeindlich wäre;

- wenn sie nicht die katholische Kirche zur Wahlhelferin degradierte;
- wenn sie nicht christliche Ethik mit traditioneller bürgerlicher Moral verwechselte;
- wenn sie aufhörte, das Monopol für christliche Sozialethik zu beanspruchen, statt auch das klare und opferbereite Engagement für den Menschen, wie es der Sozialismus von seinen Anhängern verlangt, als christliches Verhalten anzuerkennen;
- wenn sie, ihres Hinterwäldlertums müde, endlich sähe, was man in anderen europäischen und außer-europäischen Ländern längst sieht: daß die Begriffspaare "Christentum und Sozialismus" und "Sozialismus und Freiheit" nicht widersprüchlich sind, sondern zusammengehören
- wenn sie endlich auf die Reformvorschläge aus ihren eigenen Reihen hörte.

Solange die CDU ist, wie sie ist, und bleiben will, wie sie ist, scheint es doch besser, jene Partei zu wählen, welche schon immer Anwalt war für alle, die ohne sie macht- und wehrlos sind: die Lohnabhängigen, die sozial Schwachen, die Alten, die Frauen - kurz: die Mehrheit in unserem Volk.

Diese Partei ist nun einmal die SPD.

(Co: Wählerbrief der Sozialdemokratischen Wählerinitiative)

(~/19.8.1976/mis/e)

+ + +

Der CDU-Vorsitzende und die deutsche Geschichte

Helmut Kohl, Adolf Hitler und der "Radikalerlaß"

In diesen sommerlichen Hundstagen, da die literarische Welt sich an jenen Romanautor erinnert, der uns den "Simplizius Simplizissimus" schenkte, zeigt der "schwarze Riese" aus Mainz, daß er ähnliche Mühe hat, sich in der Weltgeschichte zurechtzufinden, wie seinerzeit Grimms Hausens freilich jugendlicher Held. Simplizissimus Kohl läßt seine Warnungen vor den "Links-Extremisten" in den unheilvoll raunenden Sätzen gipfeln: "Haben wir die Lehren der ersten deutschen Republik vergessen? Adolf Hitler konnte nur Deutscher werden, weil es damals keinen Radikalerlaß gab. Er wurde Beamter-Regierungsrat in Braunschweig. Und war offensichtlich entschlossen, sich nicht auf diese Berufsaufgabe zu beschränken (sic!). Das Amt ist für Extremisten - nicht nur für Hitler - Operationsbasis und Tarnung für die angestrebte Systemveränderung."

Wenn man prüft, was es historisch mit diesen Sätzen auf sich hat und welche Lehren aus dem Kapitel "Hitler und das Beamtentum" zu ziehen sind, so wird eher umgekehrt ein Schuh daraus, den der Unions-Kanzlerkandidat Dr. Helmut Kohl und sein bayerischer Promotor Franz Josef Strauß sich anziehen können.

Zunächst: Hitler hat das Amt eines Regierungsrates (nicht in Braunschweig, wie Kohl sagt, sondern bei der braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin) nicht wie etwaige heutige Extremisten-Unterwandlerer als "Operationsbasis und Tarnung" benutzt, sondern er schlüpfte in diese Rolle, die für ihn, den bis dahin Staatenlosen, die deutsche Staatsbürgerschaft mit sich brachte, um bei der Reichspräsidentenwahl von 1932 kandidieren zu können. Der ihm zum Regierungsrat ernannte und damit gegen den Widerstand der Sozialdemokraten (vgl. Rudolf Morezy, in "Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte", Jahrg. 8, 1960, S. 419 ff.) wählbar machte, war der braunschweigische Staatsminister Dietrich Klagges (NSDAP), der zusammen mit dem Deutschnationalen Dr. Werner Kuchenthal des Ländchen Braunschweig regierte. Der nationalsozialistische Innenminister von Thüringen, Dr. Wilhelm Frick, hatte schon vorher "versucht, Hitler hinten herum zur deutschen Staatsbürgerschaft zu verhelfen, indem er ihn zum Gendarmeriekommissar in Hildburghausen ernannte; aber das war selbst Hitler zu anrühig gewesen, und er hatte abgelehnt" (E. Eyck, "Geschichte der Weimarer Republik", Bd. II, S. 437).

Man darf doch wohl annehmen, daß sich Klagges gegenüber seinem "Führer" nicht anders verhalten hätte, wenn es einen "Radikalerlaß" gegeben hätte - wie ja auch heute der bestehende "Radikalerlaß" CDU-Länderchefs nicht daran hindert, NPC-Beamte zu tolerieren, ein Vergleich, der hier nicht etwa nach Kohls schlechtem Beispiel strapaziert werden,

sondern lediglich die Absurdität seiner Argumentation deutlich machen soll. Hitler, der als "Beamter" nur einmal, nämlich zur Verteidigung, in seiner Dienststelle erschien, verlor die Reichspräsidentenwahl gegen den Feldmarschall von Hindenburg, der ihn 1933 zum Reichskanzler ernannte. Interessant ist nun, wem Hindenburg, der 1932 den Republikanern als das kleinere Übel erscheinen mußte, seine erste Wahl im Jahr 1925 zu verdanken hatte: Den Kommunisten, die im entscheidenden zweiten Wahlgang für Ernst Thälmann stimmten, und der Vorläuferin der heutigen CDU, der Bayerischen Volkspartei, die Hindenburg dem Zentrums-Kandidaten Dr. Wilhelm Marx vorzog, weil "die gutkatholischen bayerischen Wähler unter keinen Umständen einen Mann wählen wollten, der mit den verhaßten Berliner Sozialdemokraten verbündet war" (E. Eyck, a. a. O., Bd. I, S. 446). Daß die Geschichte der Weimarer Republik unter einem Reichspräsidenten Wilhelm Marx anders verlaufen wäre, steht wohl außer Zweifel.

Indessen hat das Kapitel "Hitler und das Beamtentum" noch einen weiteren Aspekt. Nach dem Putschversuch vom 9. November 1923 verurteilte das Volksgericht in München Hitler nicht nur zu einer äußerst milden Strafe, sondern setzte sich außerdem über die Gesetzesvorschrift hinweg, wonach ein wegen Hochverrats verurteilter Ausländer aus dem Deutschen Reich auszuweisen war. Und diese Richter, die auch Hitlers Ausfälle gegen die "Novemberverschörer" von 1918 durchgehen ließen, waren Beamte von der Art, daß sie kaum unter einen "Radikalenerlaß" gefallen wären. Es handelte sich bei ihnen vielmehr ebenso wie etwa bei dem Staatssekretär Meißner, der das Kunststück fertigbrachte, unter Ebert, Hindenburg und Hitler Dienst zu tun, um ein Berufsbeamtentum, "das keineswegs durch Kommunisten und Hitlerianer unterwandert worden war, wenn es auch ... den Weg der meisten anderen Deutschen gehen sollte, nämlich den des Mitläufertums" (Alfred Grosser).

Zu dem von Kohl aufgewärmten Annenmärchen, die Weimarer Republik hätte durch einen "Radikalenerlaß" gerettet werden können, hat Alfred Grosser am 9. Februar 1976 in dem schon zitierten "Vorwärts"-Artikel das Nötige gesagt: "...nicht die Unterwanderung hat Katastrophen gezeitigt, sondern die ideologische Bereitschaft von Honoratioren, die Demokratie zu verleugnen, und der Mangel an Vorbereitung der unteren Stufen, für die Verteidigung der Republik und des Rechts Widerstand zu leisten."

Nicht auszudenken, wenn wir außer einem "Radikalenerlaß" eine Vorschrift hätten, die für einen Kanzlerkandidaten auch ein Minimum an Kenntnis der neueren deutschen Geschichte erforderlich machte.

Richard Zimmermann
(-/19.8.1976/mle/e)

Die K-Gruppen sind längst im Abseits

Für die "Linke"-Chancen ist die SPD der Hauptgegner

Von Matthias Kurth

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft
der Jungsozialisten in der SPD im Bezirk Hessen-Süd

Im gegenwärtigen Bundestagswahlkampf werden zahlreiche SPD-Veranstaltungen durch K-Gruppen (KBW und KPD) gestört und SPD-Redner werden in vielen Fällen tätlich angegriffen. Die SPD, als Partei des demokratischen Sozialismus, wird von diesen Gruppen als Hauptgegner betrachtet, wobei sich deutliche historische Parallelen zur Sozialfaschismusthese der KPD in der Weimarer Republik aufdrängen.

Als symptomatisches Beispiel dafür kann der Ablauf der Wahlkampfauftaktveranstaltung der SPD im Wahlkreis 144 (Offenbach Stadt und Kreis) in Neu-Isenburg angesehen werden. Die Veranstaltung stand unter dem Motto "Kampf gegen die Reaktion". Als Redner traten Bundesminister Hans Matthöfer, der Schriftsteller Gerhard Zwerenz und der Direktkandidat der SPD, MdB Manfred Coppik, auf.

Ein lokaler Konflikt um ein Ausländerzentrum und die Entlassung von zwei Sozialarbeitern bildeten den Aufhänger für die Störungen der KBW-Gruppen, die mit einer zunächst unabhängigen, aber dann doch gemeinsam agierenden Symphantisantengruppe auftrat. Die SPD-Wahlkampfleitung war bemüht, einen Konflikt möglichst zu vermeiden und machte zum Teil Zugeständnisse, die im Nachhinein kaum mehr verständlich erscheinen. Es wurden z. B. keinerlei Personen am Eingang abgefangen. Die Ordner schritten auch nicht ein, als einige KBW-Vertreter Transparente entfalteten. Man hatte von Seiten der SPD zunächst sogar versucht, dieser Gruppe die Möglichkeit zu geben, in einem fünfminütigen Redebeitrag am Ende der Veranstaltung ihre Forderung nach einem Ausländerzentrum zu begründen, falls sie einen störungsfreien Verlauf garantieren würden.

Die KBW-Gruppe hatte dagegen von Anfang an eine Störung beabsichtigt und provozierte das anschließende Handgemenge und den notwendigen Polizeieinsatz. Die gewalttätig auftretenden Mitglieder des KBW haben mit ihrem

Verhalten in Neu-Isenburg den Anspruch eine politisch "links" stehende Politik zu betreiben, endgültig verspielt, wenn man unter "links" eine Haltung versteht, die mit Hilfe der Mehrheit der Bevölkerung gesellschaftliche Veränderungen herbeiführen will. Das Verhalten dieser Gruppen ist vielmehr elitär, zynisch und fanatisiert. Am deutlichsten wird dies daran, daß man ältere Sozialdemokraten, die während des Faschismus aktiv Widerstand geleistet hatten, übel beschimpft hat und in die Nähe der NSDAP rücken wollte.

Die fanatisierte Haltung wird weiterhin dadurch belegt, daß man ausgerechnet den Schriftsteller Gerhard Zwerenz, der für die Sozialdemokratische Wählerinitiative auftrat, angriff und am Reden hindern wollte. Zwerenz hat sich in den vergangenen Jahren in vielen Fällen sehr nachdrücklich für die Demonstrationenfreiheit eingesetzt und als unabhängiger Schriftsteller auch gegenüber der SPD häufig eine kritische Position bezogen.

Wenn die K-Gruppen in einer Zeit, in der Franz Josef Strauß und Dr. Alfred Dregger mit Hetzreden gegen die SPD über das Land ziehen, ausgerechnet eine Veranstaltung stören, die gegen die Rechtsentwicklung mobilisieren wollte, so macht dies die chaotische und aktionistische Politik dieser Gruppen nur überdeutlich. Es ist ebenso bezeichnend, daß der KBW den Wahlkreis des Abg. Coppik für die Störungen ausgewählt hat, dessen bundespolitische Initiativen zur Abschaffung des Anerkennungsverfahrens für Kriegsdienstverweigerer, Senkung der Rüstungsausgaben und Liberalisierung des Strafrechts sicherlich nicht im entferntesten als "arbeitnehmerfeindlich" interpretiert werden können.

Das Resümee dieser Vorkommnisse ist die Erkenntnis, daß eine rationale Auseinandersetzung mit K-Gruppen nicht möglich ist, und daß diese Gruppen längst ins politische Abseits geraten sind. Die gewalttätigen Ausschreitungen gegen das SPD-Parteibüro in Neu-Isenburg (Einwerfen der Fensterscheiben) sind insoweit nur ein weiterer Beleg für die fanatisierte Position des KBW. Es ist abschließend nur zu hoffen, daß möglichst vielen Jungwählern die perspektivlose und verbalradikale Position von K-Gruppen deutlich wird, und daß gewalttätige Aktionen wie in Neu-Isenburg dazu führen, daß Jung- und Erstwähler davon abgehalten werden, diese Chaotengruppen durch ihre Stimme zu unterstützen.

(-/19.8.1976/mie/e)

Mao-China - vor der Wuchablösung

Erfahrungen aus einer Fernost-Besuchareise

Von Prof. Dr. Carl-Christoph Schweitzer MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Die SPD-Abg. Peter Reuschenbach und Prof. Dr. Carl-Christoph Schweitzer haben für die SPD-Bundestagsfraktion erstmals der Volksrepublik China einen 14tägigen offiziellen Besuch abgestattet.

Die SPD-Bundestagsfraktion kann und wird bei ihrer Unterstützung gerade auch der Außenpolitik der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung keinen bedeutenden Teil des internationalen Systems unserer Zeit aussparen, wenn es gilt, gewichtige Informationen im Ausland zur eigenen politischen Meinungs- und Willensbildung im Inland zu sammeln. Allein schon deshalb schien es an der Zeit, daß nach verschiedenen Klein- und Kleinstgruppen der CDU/CSU-Fraktion nun auch erstmals eine Delegation der stärksten Fraktion im Bundestag einer schon länger vorliegenden offiziellen chinesischen Einladung zu einer politischen Informationsreise Folge leistete.

Die beiden sozialdemokratischen Politiker bekamen Einblicke in das Leben im neuen China vom Nordosten des Landes nach dem Süden hin und schließlich natürlich in der Hauptstadt selbst vermittelt. Einblicke in ein beeindruckendes Ausmaß an Modernisierung dieses riesigen Staates in Industrie und Landwirtschaft "aus eigener Kraft", in das Leben, Lernen, Arbeiten und auch paramilitärische Training der Schülerinnen und Schüler, in das Funktionieren einer der großen Peking-Universitäten, das System der Krankenhäuser, Volkskommunen, der Hafenverwaltungen und nicht zuletzt natürlich der Tunnelschutzsysteme. Alt und Jung blieben den Fragestellern etwa im Hinblick auf das die Deutschen besonders interessierende Lohnsystem oder Probleme der ideologischen Schulung keine Antwort schuldig. Vorherrschend war als Gesamteindruck die sicherlich schon heute feststehende große Leistung eines Aufschwungs des Mao-Reiches in dem so relativ kurzen Zeitraum von 1949 bis 1976, zumal man eigentlich den Beginn der Modernisierung aus eigener Kraft erst mit dem Abzug der sowjetischen Techniker vor rund 15 Jahren ansetzen muß. Beeindruckend war natürlich auch die von vielen Besuchern immer wieder kommentierte pädagogisch-psychologische Generalaufzucht dieses 800-Millionen-Volkes auf bestimmte Zielvorstellungen und Verhaltensmuster, die die Führung jeweils ausgibt. Die Geschichte selber wird eines Tages - vielleicht schon relativ rasch - ihr Urteil darüber fällen, ob es dem wohl bedeutendsten theoretischen Praktiker und praktischen Theoretiker der sozialistisch-kommunistischen Revolution Mao Tse-tung, als dem am längsten in diesem Jahrhundert regierenden kommunistischen Chef

gelingen ist, in seinem Volk, in seinem Land die Konzeption einer permanenten Revolution bis hin zu dem Beginn eines "Endstadiums des reinen Kommunismus" voranzutreiben.

Ob es unter der nach außen zweifellos zufriedenen der Massen ausstrahlenden Oberfläche angesichts des den Chinesen natürlich schmerzlich bewußten Wachablösungsprozesses an der Spitze des Staates brodelt und kocht, kann der ausländische Besucher nur sehr schwer, wehrscheinlich überhaupt nicht ausmachen, ja wohl nicht einmal der lange vorortansässige ausländische Beobachter. Für die Delegation der SPD-Bundestagsfraktion war deshalb bei ihren offiziellen Gesprächen mit Spitzenpolitikern in Peking die Erörterung der außenpolitischen Vorstellungen des heutigen China am interessantesten, wie denn auch umgekehrt die chinesischen Gastgeber erwartungsgemäß primär an einer Diskussion der außenpolitischen Perspektiven der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des Westens gegenüber der Sowjetunion interessiert waren.

Trotz aller verbalen Betauerungen und trotz aller Tunnel, deren Bau ganz zweifellos rein defensiven Charakter trägt, konnten sich die sozialdemokratischen Besucher eigentlich nicht recht vorstellen, daß die Chinesen ernsthaft einen Angriff der Sowjetunion auf sie selber in großem Ausmaße befürchten, weil die chinesische Führung wissen muß, daß es im Atomzeitalter keine Alternative zu einer Politik des Friedens und der Koexistenz zwischen den Großmächten und ihren jeweiligen Blöcken gibt - Ideologie hin, Ideologie her. Unserer Ansicht nach übersteigerten Bedrohungsverstellungen versuchten wir immer wieder ebenso entgegenzuwirken wie Vermutungen chinesischerseits, als ob etwa die NATO in ihrer militärischen Verteidigungsbereitschaft nachlasse. Immer wieder galt es, den Interdependenzcharakter unserer außenpolitischen Leitlinien herauszustellen; das heißt, den Zusammenhang zwischen fortgesetzter realistischer Entspannungspolitik, dem Aufrechterhalten der Verteidigungsbereitschaft, dem Hinarbeiten auf eine Lösung der MBFR-Verhandlungen und nicht zuletzt der auch von uns befürworteten ideologischen Abgrenzung zwischen den westlichen und den kommunistisch-sozialistischen Systemen.

Daß Deutsche und Chinesen sich bei solchen Gesprächen gegenseitig in ihren Grundpositionen zu beeinflussen vermöchten, ist mehr als unwahrscheinlich. Gelernt haben aber sicherlich die Beteiligten bei solchen Gesprächen voneinander, zumal die auch nicht zu kurz gekommene Erörterung der Fragen einer noch stärkeren bilateralen Zusammenarbeit - etwa im kulturell-wissenschaftlichen Bereich - immer wieder von der Tatsache ausgehen konnte, daß es zwischen beiden Staaten und Völkern keine grundsätzlichen Hindernisse oder Kontroversen gibt, die einer solchen verstärkten Zusammenarbeit in der Zukunft im Wege stehen könnten. (-/19.8.1976/va/a)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert